

Soll jeder Lehrer das verdienen was er verdient?

Beitrag von „Meike.“ vom 25. Oktober 2017 07:44

Ich bin ja gerne mal mit Betriebsräten in Kontakt: das Leistungsbelohnungssystem funktioniert in der Wirtschaft genauso wenig wie im öffentlichen Dienst.

Im Prinzip aus den von Veronica Mars genannten Gründen: so lange Chefs Menschen und Kriterien nicht wasserfest eindeutig zuzuordnen sind, bekommen die Zulagen

- die lauten Krakeeler und Selbstvermarkter (okay, wenn das in unserer Gesellschaft ne Leistung ist?)
- die, bei denen man bei Nichtberücksichtigung mit Konsequenzen/Konflikten/Trotz&Bockigkeit rechnen muss
- die Kumpels vom Chef oder die, vond enen er abhängig ist/noch was will/die noch was werden sollen
- und ein paar wenige (!) mit besonderen Leistungen.

Im bestimmten Bereichen des Banken/Börsenwesens bekommen es z.B. oft die raffgierigen Psychopathen und kleinen Machiavellis, die da relativ gehäuft rumlaufen.

Schule neigt ja dazu, den größten Scheiß aus der Wirtschaft übernehmen zu wollen, weil ...äh, ja. Den Teil nach "weil" habe ich nie verstanden. Es ist eine Art Glaubensfrage, etwas Quasireligioses.

Allerdings gäbe es ein Prinzip der Leistungsentlohnung, dem ich zustimmen würde: JEDER Aufgabe, die aus dem KM neu hinzukommt, wird ab sofort - besser noch rückwirkend bis 2000 - zum normalen Gehalt zusätzlich bezahlt.

Dazu gehören neue Zuständigkeiten für (Themen wie Radikalismus, sexuelle Übergriffe (kam in Hessen grad ein Rundschreiben), Krankheiten, Förderung von diesem und jenem, Amok, Gewalt, Wetter, Haushaltslage des Landes, Furz und Feuerstein. Profilbildung, Öffentlichkeitsarbeit, Dokumentationen, Reisebüro spielen mit Kontoführung und Buchhaltung, etc pp), dazu gehören umständlichere Dokumentationswege und aufwändige Korrekturmodi, Dokumentationspflicht bei Beratungen, Aktenführung und Administration, dazu gehören Erweiterungen der Kommunikation in festgelegten Gruppen, Teams, Konferenzen, usw.

Und dann könnte ich mir noch ein Leistungssystem bei denen vorstellen, die das anweisen.

Wenn du als Referatsleiter im KM oder als KuMinist dauernd Erlasse erlässt oder als Amtsleiter Verfügungen verfügst, die zusätzlichen Aufwand bringen, und damit wegen obiger Regel das Land Geld kosten, bekommst du ggf. Abmahnungen oder Gehaltskürzungen. Jede dieser Entscheidungen muss von dir ausführlich in ihrer Sinnhaftigkeit erläutert, die Effekte evaluiert und die Kosten-Nutzen-Rechnung dauernd erneuert werden.

Sonst wird die Maßnahme gestrichen.